

Abg. Mazur-Flöer bat die Verwaltung um Stellungnahme zu dem aktuellen Artikel in der Rhein-Sieg Rundschau über die Veranstaltung „25 Jahre Aidshilfe im Rhein-Sieg-Kreis“.

Ltd. KVD Allroggen teilte hierauf mit, dass in der Vergangenheit zum Thema „Aidshilfe“ mehrfach Berichte in der Presse erschienen seien. Die Aidshilfe sei ein Träger, der seit langem im Auftrag des Rhein-Sieg-Kreises die Aidsberatung durchführe. Hierfür erhalte die Aidshilfe einen Zuschuss, der im Jahre 2009 aufgestockt worden sei, damit auch ein neuartiger Aids-Schnell-Test angeboten werden konnte. Es handele sich um einen sogenannten Pricktest, bei dem Blut aus der Fingerspitze entnommen werde. Die Aidshilfe habe dann aber Mitte 2011 mitgeteilt, dass diese vertraglich vereinbarte Aufgabe nur noch durchgeführt werden könne, wenn bei jedem Test ein Arzt zugegen sei. Nach eingehender Überprüfung sei die Verwaltung zu dem Schluss gelangt, dass weder aus medizinischer noch aus rechtlicher Sicht die unmittelbare Anwesenheit eines Arztes als zwingend notwendig betrachtet werden könne. Im Notfall bestehe zudem die Möglichkeit, einen Arzt in der Nähe der Beratungsstelle bzw. die Rettungsleitstelle zu kontaktieren. Da die Aidshilfe auch nach gemeinsamen Gesprächen nicht von ihrer Meinung abrücke, finde derzeit die Aidsberatung in der Beratungsstelle und der Schnelltest in einer Arztpraxis statt. Dies habe nichts mehr mit der im Vertrag vereinbarten Qualität der Aidsberatung, die sich durch Zusammenführung von Beratung und Schnelltest auszeichne, zu tun. Unklar sei, ob die Aidshilfe ihre Haltung künftig aufgebe und der vereinbarten Leistung damit gerecht werde oder ob sie das nur tue, wenn sie zusätzliche Zuschüsse vom Kreis erhalte. Die Fraktionen seien über die derzeitige Situation informiert worden. Ltd. KVD Allroggen betonte, die Verwaltung habe auch hier hinsichtlich zusätzlicher Aufgaben und Kosten keinen Handlungsspielraum, soweit nicht eine zwingende Notwendigkeit bejaht werden könne. Es sei daher an der Aidshilfe, zu entscheiden, ob sie der vertraglichen Erfüllung ihres Auftrages nachkommen wolle.

Die Frage der Abg. Schulenburg, ob die Haltung der Aidshilfe, einen Arzt für den Schnelltest einzusetzen, nicht aus der Zeit stamme, zu der dieser Test noch mit einer Blutentnahme aus der Vene durchgeführt worden sei, wurde von Ltd. KVD Allroggen verneint.

KMD Dr. Ehrich erklärte, dass bis zur Einführung des neuartigen Schnelltestes der Aidstest vom Gesundheitsamt der Kreisverwaltung durchgeführt worden sei. Die Einführung des Schnelltestes habe die Möglichkeit eröffnet, Beratung und Aidstest zusammen anbieten zu können. Das Gesundheitsamt stelle bei einer positiven Testung aber weiterhin einen Bestätigungstest von einem Arzt des Gesundheitsamtes bereit.

Abg. Kunert schloss sich der Einschätzung der Verwaltung an und hielt die Angelegenheit in Anbetracht der rechtlichen Situation und des fehlenden Handlungsspielraumes bei zusätzlichen Aufgaben und Kosten für erledigt.

Abg. Cáceres-Ayllón erkundigte sich mit Blick auf die Tragödie in Neuss bei Ltd. KVD Allroggen, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sehe, sich über die Trägerversammlung sowohl für eine Erhöhung der Sicherheitsvorkehrungen im Jobcenter als auch für eine regelmäßige Information der Mitarbeiter über bestehende Sicherheitsvorkehrungen stark zu machen. Als Beispiel für eine mögliche Sicherheitsmaßnahme nannte Abg. Cáceres-Ayllón eine technische Möglichkeit eines Alarms über die Telefonanlage.

Ltd. KVD Allroggen dankte für die Hinweise und erklärte, man habe mit der Geschäftsführung Sicherheitsmaßnahmen in den Standorten des Jobcenters bereits mehrfach erörtert, sagte aber zu, die Anregungen des Abg. Cáceres-Ayllón an die Trägerversammlung weiter zu geben.

Ltd. KVD Allroggen wies abschließend auf die zweite Serie des Filmfestivals „Nahaufnahme“ hin, das vom 08.11. – 16.11.12 im Rhein-Sieg-Kreis stattfindet. Bereits die erste Serie habe im letzten Jahr sehr guten Anklang gefunden. Er schätzte die dort gezeigten Filme als besonders

sehenswert ein und lobte das Filmfestival als einen guten Schritt in Richtung gelebte Integration. Das Programmheft wurde den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.